

Exklusivinterview mit Prof. Dr. Hans Peter Bull

Präsident der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften (IIAS)

Herr Prof. Bull, Sie sind einer der Organisatoren der Internationalen Konferenz „Public Administration and Private Enterprise“ am 20.–23. September in Berlin. Was ist das Ziel der Konferenz und welche internationale Beteiligung ist zu erwarten?

Hans Peter Bull: Das Internationale Institut für Verwaltungswissenschaften in Brüssel, das diese Konferenz mit Unterstützung des Bundesministeriums des Innern in Berlin veranstaltet, ist eine Vereinigung von Verwaltungspraktikern und Wissenschaftlern aus aller Welt; es betreibt seit nunmehr 75 Jahren den Austausch von Erfahrungen und die theoretische Analyse der öffentlichen Verwaltung und ihrer Beziehungen zu Politik und Wirtschaft. Wir erwarten rund 400 Teilnehmer aus dem In- und Ausland, darunter viele Experten aus ganz Europa, aus Nordamerika und aus einigen afrikanischen Staaten sowie Delegationen aus China, Japan und Südkorea, wo mit großem Erfolg der letztjährige Kongress des IIAS über „E-Governance“ durchgeführt wurde.

Die Konferenz in Berlin wird sich damit befassen, wie die öffentliche Verwaltung ihr Verhältnis zur Wirtschaft gestaltet. In einer Vielzahl von Arbeitsgruppen und Podiumsdiskussionen soll erörtert werden, welche Formen der Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen Organisationen sich bewährt haben, auf welchen Gebieten Wettbewerb zwischen privaten und öffentlichen Unternehmen besteht und welche Me-

thoden der Regulierung der Staat anwenden sollte. Dabei soll auch die „regulierte“ Wirtschaft selbst zu Wort kommen, und in speziellen Veranstaltungen können die in bestimmten Regionen oder Staaten (z. B. USA, Kanada oder den Asien-Pazifik-Staaten) eingeführten oder diskutierten Modelle besprochen und miteinander und mit anderen Modellen verglichen werden. Ökonomische, rechtliche und verwaltungspraktische Aspekte sollen gleichermaßen eingebracht



Prof. Dr. Hans Peter Bull

werden. Eine Arbeitsgruppe beschäftigt sich speziell mit den Problemen der Entwicklungsländer. Einen Schwerpunkt bildet auch die „Entbürokratisierung“ im Sinne des Abbaus komplizierter und zu stark eingreifender Regelungen. In einem „German Panel“ unter Leitung von Prof. Werner Jann (Potsdam) werden diese Fragen im Vordergrund stehen. Der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge ist Gegenstand einer Arbeitsgruppe, deren Berichterstatterin die Heidelberger Oberbürgermeisterin Beate Weber ist.

Sie waren von 1978 bis 1983 Bundesbeauftragter für den Datenschutz, haben sozusagen Datenschutz „von der Pike auf“ erlebt und mitgestaltet. Wie würden Sie Datenschutz im Jahre 2005 – seine gesellschaftliche Akzeptanz – im Vergleich zu Ihrer Amtszeit beurteilen?

Hans Peter Bull: Datenschutz ist inzwischen allgemein akzeptiert. Niemand sagt mehr wie seinerzeit zu Beginn der Datenschutzpraxis,

eigentlich ließen sich Daten gar nicht schützen. Auch die abfällige Gleichsetzung von Datenschutz und „Täterschutz“ ist zum Glück nur noch selten zu hören. Wichtig ist vor allem dies: In Verwaltung und Wirtschaft ist das Bewusstsein entstanden, dass man mit personenbezogenen Informationen behutsam umgehen muss, und tatsächlich wird daher heute in den allermeisten Fällen bei der Erhebung und Verarbeitung von Daten Sorgfalt geübt.

Allerdings ist auch festzustellen, dass manche Erwartungen, die wir am Anfang hatten, sich nicht erfüllt haben. Es ist nicht gelungen, die vorhandenen Informationsmengen auf die verschiedenen verarbeitenden Stellen nach dem Prinzip der „informationellen Gewaltenteilung“ zu verteilen und dadurch etwa bestimmte Machtpositionen der Exekutive zu beschränken. Offenbar war diese Idee teilweise unrealistisch – so sind die Informationsinteressen der Sicherheitsbehörden vom Gesetzgeber fast immer berücksichtigt worden, weil auch das Sicherheitsbedürfnis der meisten Mitmenschen groß ist.

Die engste private Sphäre der Individuen ist auch heute nicht gegen jegliche Informationseingriffe des Staates geschützt – aber der Unterschied zu der Zeit vor der Datenschutzgesetzgebung liegt darin, dass dabei gesetzliche Voraussetzungen beachtet werden müssen und die Datenschutzbeauftragten die Praxis kontrollieren. Auch wenn manche Entwicklungen Anlass zur Kritik geben, wird doch bei der Gesetzgebung hierzulande immer darauf geachtet, Grenzen zu ziehen, die eine

umfassende Überwachung verhindern.

Leider herrschen immer noch weithin falsche Vorstellungen von der Wirklichkeit der Datenverarbeitung. So wird nach wie vor behauptet, die Verwendung von Kundendaten zu Zwecken der Werbung und Marktforschung sei „Teufelszeug“. Es gibt aber kaum eine harmlosere Verwendungsweise personenbezogener Daten – es wird ja niemand genötigt, auf die Werbung einzugehen, und bei der Marktforschung werden keine individuellen „Persönlichkeitsprofile“ hergestellt, sondern die Chancen von Angeboten bei bestimmten Gruppen von Kunden getestet.

Welche Bedeutung messen Sie der Harmonisierung des Datenschutzes auf europäischer Ebene bei?

Hans Peter Bull: Die Harmonisierung ist sinnvoll und wünschenswert, und sie ist durch die Richtlinie von 1995 bereits weit fortgeschritten. Der möglichst ungehinderte Fluss der Informationen über die Grenzen hinweg ist schon vor Jahrzehnten, z. B. in der Datenschutzkonvention des Europarats von 1981, als ein wichtiges Ziel der internationalen Wirtschafts- und Rechtspolitik genannt worden, das mit dem notwendigen Datenschutz abzustimmen ist. Nicht notwendig aber ist es, das Datenschutzrecht der europäischen Staaten auf einem vollkommen einheitlichen Niveau festzuschreiben; denn dabei wäre eine Nivellierung auf relativ niedriger Ebene zu befürchten.

In Deutschland steht heute der soziale Rechtsstaat vor einer großen Bewährungsprobe. Eine Neujustierung ist eingeleitet, die alle Bereiche umfasst. Das ist auch eine große Herausforderung für die Verwaltung. Welche Schwierigkeiten sehen Sie? Handelt es sich bei den Veränderungen um einen „Kulturwandel“?

Hans Peter Bull: In der Tat befinden wir uns mitten in einem enormen Veränderungsprozess, der alle Bereiche von Staat, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft erfasst hat. Der Begriff „Kulturwandel“ bringt dies treffend zum Ausdruck. Es geht ja nicht nur um die künftige Finanzierung unseres Sozialleistungssystems angesichts einer sich umkehrenden Altersstruktur der Bevölkerung und um die immer bedrohlichere Situation der öffentlichen Finanzen, sondern um die Bewältigung globaler Entwicklungen: Überall und in allen Lebensbereichen wird den Menschen bewusst, dass die Ressourcen begrenzt sind und der Wettbewerb immer härter wird. Hinzu kommt die täglich erlebbare Veränderung der Lebensverhältnisse durch die Nutzung neuer Techniken.

Auch wenn der Wandel nicht überall gleichzeitig und radikal genug vor sich geht – die Verwaltung reagiert selbstverständlich und notwendigerweise auf diese Herausforderungen und reformiert sich nach Kräften selbst. Dazu dienen zunächst vielfach Änderungen von Organisation, Verfahrensweisen und Technik.

Nicht immer wird schon erkannt, dass sich Verwaltung nicht mit dem Vollzug von Vorschriften und der „Abfertigung“ von Antragstellern zufrieden geben kann. Aber zunehmend setzt sich die Einsicht durch, dass der wichtigste Schlüssel zu besseren Leistungen der öffentlichen Verwaltung in der Qualifizierung des Personals liegt. Reform der Aus- und Fortbildung und der Sozialisation sowie sorgfältigere Rekrutierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind geboten. Wenn wir dies schaffen, wird der Wandel der Verwaltungskultur in angemessener Zeit Erfolge bringen.

Die AWV, die 79 Jahre besteht und die Sie ja auch schon länger ken-

nen, konzentriert einen Teil Ihrer Arbeit auf den Abbau von Bürokratie. Der deutsche Mittelstand klagt zurecht über überbordende Verwaltung und Vorschriften, verbunden mit hohen Kosten im Lande. Welche Projekte beim Bürokratieabbau würden Sie als absolute Priorität benennen?

Hans Peter Bull: Unter dem Titel „Bürokratieabbau“ werden leider vielfach höchst unterschiedliche und nicht immer die richtigen Vorhaben vertreten. Viele Aufgaben muss der Staat weiterhin erfüllen oder zumindest gewährleisten, und unsere hochkomplexe Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird immer ein erhebliches Maß an Normierung brauchen, gerade auch als Infrastruktur für unternehmerische Leistungen.

Was abgebaut werden muss, sind überkomplizierte Regelungen des Verfahrens und der Organisation von Verwaltung in speziellen Bereichen, damit mehr Entscheidungen dezentral und in einfacheren, zügigeren Abläufen getroffen werden. Den Bürgern und Unternehmen werden auch immer noch zu viele Fragebögen vorgelegt und zu viele Informationen abverlangt. Die Arbeit an diesen Problemen ist langfristig und muss immer wieder neu begonnen werden, und zwar an dem einzelnen Themenbereich. Pauschale Ansätze sind nicht sachgerecht und haben deshalb auch gar keine Chancen.

Es gibt aber Reformfelder, denen wir Priorität einräumen sollten: vor allem eine grundlegende Vereinfachung des Steuerrechts, zu der ja seit Jahren Vorschläge vorhanden sind. Dasselbe gilt für das Recht der Sozialleistungen, das trotz der Fertigstellung des Sozialgesetzbuches sehr unübersichtlich ist, sowie ein Abbau der Subventionen, die den Strukturwandel behindern und erheblichen Verwaltungsaufwand verursachen. Statt nach immer differenzierteren Lö-

sungen zu suchen, sollten z. B. vermehrt Pauschalierungen, Freibeträge und Bagatellgrenzen eingeführt werden. Übrigens ist auch das Datenschutzrecht inzwischen viel zu kompliziert geworden und enthält überflüssige Mehrfachregelungen, die zu Verwirrung führen können.

Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren in großem Umfang „bürokratische“ Lasten der Wirtschaft abgebaut und setzt diesen Weg erfreulich entschieden fort. Wir sollten aber auch erkennen, dass manche Vorschläge zur Entlastung der Unternehmen nicht realisierbar sind, wenn der Staat seine Aufgaben richtig erfüllen soll. Es wäre z. B. nicht angemessen, wenn der Lohnsteuerabzug durch die Arbeitgeber abgeschafft würde oder wenn man auf sämtliche Wirtschaftsstatistiken verzichten wollte.

Manche Fragen sind aus verständlichen Gründen politisch kontrovers – man denke an die Lockerung des Handwerksrechts, die nicht nur Vorteile bringt, sondern aus der Sicht der Handwerker selbst und vieler Verbraucher auch Nachteile hat, oder an die Forderung nach Einschränkung des Kündigungsschutzes, die alles andere als einfach zu bewerten ist. Die fachliche Diskussion, wie sie gerade auch von der AWW mit großem Nutzen gepflegt wird, sollte sich besonders der Themen annehmen, die nicht oder noch nicht zu „großen“ Projekten geführt haben, sondern der mühseligen Kärnerarbeit der kontinuierlichen Reformdiskussion bedürfen. Ich erinnere auch nochmals an die Ausbildungsreform: Auf lange Sicht wird die Qualitätsverbesserung beim Personal am meisten Nutzen stiften, mehr als die Streichung noch so vieler veralteter Vorschriften.

Das Interview führte Jürgen Klocke

AWV-Vortrag in Hof: Das Ziel heißt Bürokratieabbau

Bei einer Veranstaltung des regionalen KMU-Netzwerkes winFORS im IHK-Bildungszentrum in Hof berichtete AWW-Geschäftsführer Dr. Ulrich Naujokat über „Bürokratieabbau – Initiativen des BMWA als Chance für die deutsche Wirtschaft“.

Dr. Naujokat erläuterte den Teilnehmern – darunter viele mittelständische Unternehmer – die

legenheit, sich aus erster Hand über weitere mögliche Ansätze zum Bürokratieabbau zu informieren.

Dr. Naujokat unterstrich auch in der Diskussion noch einmal, dass eine Grundvoraussetzung für den Erfolg der Initiativen die Kooperation der Wirtschaft, vor allem der KMU sei. Zwar sei auch der Einsatz von IT wichtig – aber vor al-



Unternehmer Dieter Junghanns, Jutta Otto (IHK für Oberfranken Bayreuth), Reinhard Brendel (Silberhorn Management Consulting), Referent Dr. Ulrich Naujokat (AWV) und winFORS-Vorsitzender Robert Silberhorn in der Diskussion über Bürokratieabbau beim jüngsten winFORS-Meeting.

vielfältigen Ansätze des BMWA zum Abbau von unnötigen Regulierungen, die zum Beispiel in der Initiative Bürokratieabbau oder dem Projekt „Bürokratieabbau von unten“ ihren Niederschlag finden. Daneben berichtete er über Projekte, die von der AWW durchgeführt oder unterstützt werden, wie z. B. eSTATISTIK.core, ELSTER oder die JobCard. Fazit von Dr. Naujokat: „Der Abbau von Bürokratie wird ernstgenommen.“

In einer anschließenden Diskussionsrunde nutzten die mittelständischen Unternehmer die Ge-

lem gesunder Menschenverstand und Kompromissbereitschaft. Das Erfolgsprinzip sei das „Aufeinanderzugehen“ von Wirtschaft und Verwaltung.

Die Veranstaltung, über die auch die „Frankenpost“ berichtete, wird wegen der großen Resonanz im Herbst noch einmal wiederholt. Zudem ist geplant, den BMWA-/AWV-Unternehmerworkshop Public Private Partnership im Oktober in Hof zu veranstalten. Näheres entnehmen Sie bitte der September-/Oktoberausgabe der AWW-Informationen.